



Interpellation der SVP-Fraktion betreffend die Frage, wie der Kanton Zug die KMU-Ausbildungsbetriebe unterstützen kann

Antwort des Regierungsrats
vom 30. August 2022

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion reichte am 4. Februar 2022 die Interpellation betreffend die Frage, wie der Kanton Zug die KMU-Ausbildungsbetriebe unterstützen kann, ein. Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 3. März 2022 die Interpellation an den Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen.

A. Einleitende Bemerkungen

In der Schweiz entscheiden sich zwei von drei Jugendlichen nach Abschluss der obligatorischen Schule für die Berufsbildung. Sie stellt damit die bedeutendste Erstausbildung dar, ermöglicht den Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt und versorgt die Wirtschaft mit qualifiziertem Nachwuchs an Fach- und Führungskräften. Damit trägt sie zu einer international sehr niedrigen Jugendarbeitslosigkeit und zur Bekämpfung des Fach- resp. Arbeitskräftemangels bei. Die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Berufsbildung wird von der OECD in den Länder-Assessments regelmässig herausgestrichen und wird auch in der Schweiz kaum in Frage gestellt.

Eine Besonderheit der schweizerischen Berufsbildung ist, dass es sich um eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (OdA; Berufsverbände und Branchenorganisationen) handelt. Ziel ist, dass die duale Bildung die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abbildet und künftige Entwicklungen antizipiert werden können. Durch den Einbezug der OdA wird garantiert, dass die einzelnen Berufslehren sich an tatsächlich nachgefragten Qualifikationen und dem Arbeitsmarkt orientieren. Dies zeigt sich insbesondere in der gemeinsamen Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen (Bildungsverordnungen): Die Inhalte der Lehrberufe liegen gänzlich in der Verantwortung der jeweiligen OdA. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) begleitet den Reformprozess und erlässt schliesslich die entsprechende Verordnung, während die Kantone für den Vollzug der Bildungsverordnung verantwortlich zeichnen. Die Verantwortlichkeiten der drei Partner lassen sich folgendermassen zusammenfassen:

- Bund: verantwortlich für die Steuerung, Qualitätssicherung und Weiterentwicklung des Gesamtsystems sowie den Erlass der Bildungsverordnungen.
- Kantone: zuständig für den Vollzug des Berufsbildungsgesetzes (insbesondere Berufsschulen), die Aufsicht über die Lehrverhältnisse, die Erteilung von Bildungsbewilligungen für Lehrbetriebe und (generell) das Berufsbildungsmarketing.
- OdA: Verantwortung für die Definition der Bildungsinhalte der Berufslehre, Definition der nationalen Qualifikationsverfahren (früher Lehrabschlussprüfung) und die Überbetrieblichen Kurse (ÜK).
- Lehrbetriebe: Bereitstellung von Ausbildungskapazitäten (Plätze und Ressourcen)

Die Kosten der beruflichen Grundbildung werden durch alle Verbundpartner getragen (Bund, Kantone, OdA und Lehrbetriebe):

- Der Bund übernimmt 25 Prozent der Kosten der öffentlichen Hand in der beruflichen Grundbildung.
- Die Kantone übernehmen 75 Prozent der Kosten der öffentlichen Hand in der beruflichen Grundbildung.
- Mit ihren Angeboten tragen die OdA zur Finanzierung bei (u.a. leisten sie Grundlagenarbeit, führen eigene Bildungsinstitutionen und betreiben Berufswerbung).
- Die Betriebe beteiligen sich hauptsächlich mit der Finanzierung der Kosten der betrieblichen Bildung (Löhne, Sozialleistungen, Ausbildungskosten).

B. Beantwortung der Fragen

1. Wo sieht der Regierungsrat Probleme für unsere KMU-Ausbildungsbetriebe, in Bezug auf ihre Rolle als Ausbilder?

Die Herausforderungen für die Lehrbetriebe und insbesondere für die Berufsbildnerinnen und -bildner sind sehr unterschiedlich. Eine vom SBFI mit den Verbundpartnern in Auftrag gegebene Studie von 2021 hat Folgendes ergeben: «Die Ausbildung von Lernenden ist anspruchsvoll und teilweise auch mit hohem Aufwand verbunden. Nur ein Teil dieses Aufwands resultiert aus administrativer Belastung, die durch Regulierungen verursacht wird. Der Aufwand liegt insbesondere in der Ausbildungstätigkeit selbst, wobei eine klare Differenzierung nicht immer möglich ist. Wenngleich der administrative Aufwand von der Mehrheit der Befragten insgesamt nicht als sehr grosses Problem wahrgenommen wird, sind unnötige administrative Belastungen zu vermeiden.»¹ Die darin beschriebenen Optimierungsmöglichkeiten sind auf nationaler Ebene in Arbeit. Das Amt für Berufsbildung (AFB) ist bestrebt, die kantonalen Prozesse wo möglich zu verschlanken und zu digitalisieren, um den administrativen Aufwand zu minimieren.

Eine Tatsache ist, dass die Ausbildung von Lernenden auf verschiedenen Ebenen zunehmend anspruchsvoller wird: einerseits fachlich (z. B. höhere Anforderungen an die Ausbildung, Digitalisierung etc.), andererseits aufgrund der immer diverseren Hintergründe der Lernenden (Familienmodelle, gesellschaftliche Ansprüche, elterliche Ansprüche, Sprachkenntnisse etc.). Wie einleitend erwähnt, werden die Bildungsinhalte durch die OdA definiert. Die Kantone wirken der zunehmenden Komplexität der Bildungsverordnungen nach Kräften entgegen, entscheidend bleiben aber die Bedürfnisse der Wirtschaft.

2. Wie erachtet der Regierungsrat den Aufwand für KMU-Ausbildungsbetriebe in Bezug auf Zeit sowie personelle und finanzielle Ressourcen, die sie für die Ausbildung von Lernenden benötigen?

Lernende benötigen einen relativ hohen Betreuungsaufwand, da in allen Berufen zahlreiche Leistungsziele ausgebildet werden müssen. Für die Betreuung der Lernenden rechnen wir beim Kanton mit durchschnittlich ca. 10 Stellenprozenten. Je nach Beruf, Lehrjahr sowie kognitiven und sozialen Fähigkeiten der Lernenden kann dieser Wert variieren. Gleichzeitig müssen die Lernenden eine gewisse Routine in den einzelnen Aufgaben erlangen. So bleibt wenig Zeit für den Betrieb, um von den gewonnenen Fähigkeiten der Lernenden zu profitieren.

Demgegenüber hat der Regierungsrat keine Anzeichen dafür, dass die finanziellen Anforderungen oder die Bürokratie generell gestiegen wären. Wenn die Kosten in gewissen Berufen gestiegen sein sollten, liegt es vornehmlich an zusätzlichen Kurstagen in der Schule und den ÜK, die von den OdA bestimmt werden. Der betriebliche Ausbildungsaufwand wird stark von den Auflagen der Berufsverbände bestimmt, im Kanton Zug kaum durch behördliche Auflagen. Je

¹ Entlastung der Lehrbetriebe durch Regulierungsabbau, 19.08.2021:

https://berufsbildung2030.ch/images/pdf_de_en/Entlastung_Lehrbetriebe_weiteres_Vorgehen_dt.pdf

nach Lehrjahr, auszubildendem Beruf, Kosten für ÜK, Anteil Lehrmittel und sonstigen – teilweise freiwilligen – Kostenübernahmen kostet ein Lehrjahr ca. 10 000 bis 27 000 Franken. Nicht darin enthalten sind die Kosten für den Arbeitsplatz sowie für Arbeits- und Übungsmaterialien und die Ausbildungskosten für die Berufsbildner/innen. Der Kanton kann da nur beschränkt eingreifen.

3. Erachtet der Regierungsrat es als erstrebenswert, KMU-Ausbildungsbetriebe ganz generell zu unterstützen bzw. zu entlasten?

Der Staat finanziert und organisiert vor allem den schulischen Teil und die Privaten sorgen in ihren Betrieben für die Ausbildung der praktischen Fähigkeiten. Die gemeinsame Aufgabe von Staat und Privatwirtschaft hat sich bewährt und soll im Grundsatz auch künftig so beibehalten werden. Punktuell unterstützt der Kanton Zug jedoch seine Lehrbetriebe bereits, z. B. übernimmt er seit 2021 die Material- und Mietkosten des Qualifikationsverfahrens. Des Weiteren ist das AFB daran, die Kommunikation mit den Lehrbetrieben zu optimieren und zu vereinfachen, z. B. via Lehrbetriebsportal. Parallel laufen verschiedene Projekte, um die Prozesse zu vereinfachen, so z. B. ein Projekt zur Optimierung von Anmeldungen an ausserkantonalen Schulen.

4. Welche Massnahmen kann sich der Regierungsrat vorstellen, um KMU-Ausbildungsbetriebe gezielt zu unterstützen bzw. auch zu entlasten?

Die Lehrbetriebe werden bereits heute bei der Ausbildung ihrer Lernenden unterstützt, in erster Linie durch das AFB, das den Unternehmen mit persönlicher Beratung zur Verfügung steht und Arbeitsinstrumente für die Praxis anbietet. Zudem haben der Einsatz von Lehrstellenförderern und die Möglichkeit für Lehrbetriebsverbünde dazu beigetragen, dass die Zahl der angebotenen Lehrstellen in den letzten Jahren stetig zunahm und der Lehrstellenmarkt – trotz Corona-Pandemie – weitgehend stabil blieb.

Der Regierungsrat erachtet die aktuelle Unterstützung, bestehend aus Ausbildungsberatung und punktueller finanzieller Unterstützung, grundsätzlich als ausreichend.

5. a) Kann sich der Regierungsrat vorstellen KMU-Ausbildungsbetriebe ganz direkt finanziell zu unterstützen? Wenn Nein, warum nicht?
b) Wie steht der Regierungsrat der Idee eines „Zuger Ausbildungsfonds für KMU-Betriebe“ gegenüber und wie müsste dieser sinnvoll organisiert werden?

Der Regierungsrat beurteilt sowohl eine direkte finanzielle Unterstützung der Betriebe als auch die Idee eines Ausbildungsfonds kritisch, denn beide Instrumente bergen die Gefahr von Fehlankreizen. Nicht alle Betriebe benötigen eine finanzielle Unterstützung. Eine gleichmässige Unterstützung nach dem Giesskannenprinzip ist zu vermeiden, denn sie würde eine unnötige zusätzliche Bürokratie schaffen. Die Finanzierung und der Betrieb eines Ausbildungsfonds benötigen wiederum ein Regelwerk, auf das es im Sinne der Vermeidung unnötiger Bürokratie zu verzichten gilt. Nach Ansicht des Regierungsrats ist hier nicht der Staat gefordert, sondern die Ausbildung des beruflichen Nachwuchses liegt primär in der Verantwortung der Branchen und der Unternehmen.

6. Wie kann der Zuger Regierungsrat direkt Einfluss nehmen, damit der zunehmenden Bürokratisierung der Berufslehren Einhalt geboten wird?

Die Mitarbeitenden des AFB sind in den einschlägigen nationalen und/oder kantonalen Organisationen vertreten (z. B. Schweizerische Berufsbildungsämterkonferenz SBBK, Kommission für Berufsentwicklung KBE, ZLV MINT etc.) und setzen sich seit jeher dafür ein, dass die Ausbildung nicht überbürokratisiert wird. Ausserdem befassen sich im Rahmen des Projekts Berufsbildung 2030, das unter der Leitung des SBFI die Weiterentwicklung und Optimierung der Berufsbildung auf nationaler Ebene verfolgt, verschiedene Projekte mit dem Thema der Bürokratisierung der Berufsbildung wie auch der Entlastung der Lehrbetriebe (vgl. Antwort auf Frage 1). Vor allem im Projekt Optimierung von Prozessen und Anreizen in der Berufsbildung werden die

wichtigsten Aspekte eruiert und erarbeitet.² Das AFB ist in diesen Projekten mittels der genannten Gremien involviert.

C. Antrag

Kenntnisnahme

Zug, 30. August 2022

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Martin Pfister

Die stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart

90/sl

² <https://berufsbildung2030.ch/de/projekte/21-projekte-de/238-optimierung-von-prozessen-und-anreizen-in-der-berufsbildung>